



Sitzungsvorlage	Vorlage- Nr: VO/2020/3224-R1	
Federführend: 1 Referat für zentrale Steuerung, Personalwesen und Konversionsmanagement	Status: öffentlich	
Beteiligt:	Aktenzeichen: Datum: 16.06.2020 Referent: Christian Hinterstein	
Resolution der Stadt Bamberg zum ICAN-Städteappell		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
24.06.2020	Stadtrat der Stadt Bamberg	Entscheidung

I. Sitzungsvortrag:

In der Sitzung des Ältestenrates am 26.05.2020 wurde die Beteiligung der Stadt Bamberg an dem sog. ICAN - Städteappell zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Vertrag zum Verbot von Atomwaffen vorberaten. Der Ältestenrat empfahl eine Behandlung in der Stadtratssitzung am 24.06.2020.

Der Städteappell lautet wie folgt (entnommen der Homepage www.ican.de/ican-staedteappell):

“Unsere Stadt/unsere Gemeinde ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Ein Auszug aus der Internetpräsenz von ICAN Deutschland e.V. zum sog. ICAN-Städteappell liegt als Anlage bei. ICAN Deutschland e.V. ist der deutsche Zweig der International Campaign to Abolish Nuclear weapons (kurz: ICAN) und damit Mitglied eines globalen Bündnisses von über 450 Organisationen in 100 Ländern. Dieses internationale Bündnis wurde 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Die deutsche Sektion ist seit 2014 ein eingetragener, gemeinnütziger Verein und satzungsgemäß Völkerverständigung und dem Einsatz für die Ächtung von Atomwaffen, für Abrüstung und Frieden verpflichtet.

II. Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Bamberg nimmt den Sitzungsvortrag zur Kenntnis.

2. Der Stadtrat der Stadt Bamberg beschließt folgenden Appell:

Die Stadt Bamberg ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Der Stadtrat der Stadt Bamberg ist fest überzeugt, dass die Einwohnerinnen und Einwohner Bambergs das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßt der Stadtrat der Stadt Bamberg den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordert die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.

III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

X	1.	keine Kosten
	2.	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	3.	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	4.	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates**:

Anlage/n:

ICAN-Städteappell und Bundesländerbeschlüsse

Verteiler:



Foto: Curnen/ CC BY-SA 3.0 / Verändert

ICAN-Städteappell und Bundesländerbeschlüsse

Beschlüsse der Bundesländer

Vier Bundesländer haben bereits beschlossen, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen bzw. die Bundesregierung aufzufordern, ihn beizutreten:

1. **Bremen**, Bremische Bürgerschaft, 5. Dezember 2017
2. **Berlin**, Berliner Abgeordnetenhaus, 10. Mai 2019
3. **Rheinland-Pfalz**, Landtag, 22. August 2019
4. **Hamburg**, Hamburgische Bürgerschaft, 12. Februar 2020

#ICANSave – der Städteappell

Zahlreiche Städte, Gemeinde und Landkreise in Deutschland und aller Welt haben sich bereits dem ICAN-Städteappell angeschlossen. Ist Ihre Stadt die nächste?

International ruft ICAN Städte dazu auf, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen. Große Städte in Asien, Europa, Nordamerika und Australien haben den Appell schon unterzeichnet, der wie folgt lautet:

„Unsere Stadt/unsere Gemeinde ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von

Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Warum sollten sich Städte dem Appell anschließen?

Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Städte dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind Städte direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen.

Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung im Kauf und sehen den Einsatz mit Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie. Damit setzen diese Staaten ihre Bürger*innen der Vernichtungsgefahr aus. Immer wieder sind wir in der Vergangenheit an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt. Städte tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohner*innen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass sie sich gegen Atomwaffen aussprechen.

Das Engagement von Städten ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet. Wenn Städte die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass die hier in Deutschland lebende Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen. Die Bundesregierung ignoriert diese Sicht bisher.

Ein neues Bündnis von Städten weltweit stärkt die Stimmen der Menschen überall und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäften zu unterlassen.

Was kann ich tun?

Sie können die Mitglieder des Stadtrates oder des Senats Ihrer Stadt auffordern, sich dem Appell anzuschließen. In jeder Stadt sieht der Weg anders aus, also muss man sich zunächst fragen, wie das genau geht, beispielsweise durch eine Fraktion oder einen Ausschuss.

Wenn Sie nicht so viel Zeit haben, können Sie uns auch bei dieser Aktion helfen, indem Sie einfach auf Facebook, Twitter oder Instagram ein Foto eines Ortes in Ihrer Stadt, den Sie lieben, posten. Schreiben Sie dazu #ICANSave und dahinter den Namen Ihrer Stadt.

Wenn sich Ihre Stadt dem Appell anschließen will, **schicken Sie eine Mail an uns** mit dem Beschluss des Stadtrats oder Senats und wir nehmen sie in unserer Liste auf.

Die Aktion #ICANSave wird in Deutschland in Kooperation mit der IPPNW und der Kampagne „Büchel ist überall| atomwaffenfrei.jetzt“ ausgeführt.

Städte und Gemeinden in Deutschland, die den Appell unterzeichnet haben:

(Landeshauptstädte sind groß geschrieben)

1. **MAINZ**, unterzeichnet durch den Oberbürgermeister Michael Ebling, 2. Februar 2019
2. **WIESBADEN**, Beschlossen vom Magistrat, 20. Februar 2019
3. **Marburg**, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, 22. Februar 2019

4. **Köln**, unterzeichnet durch die Oberbürgermeisterin Henriette Reker, 5. März 2019
5. **POTSDAM**, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, unterzeichnet durch den Oberbürgermeister Mike Schubert, 6. März 2019
6. **MÜNCHEN**, unterzeichnet durch Oberbürgermeister Dieter Reiter, 12. März 2019
7. **Göttingen**, Ratsbeschluss, 15. März 2019; vom OB Rolf-Georg Köhler unterzeichnet, 23. Juli 2019
8. **Reinheim**, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, 22. März 2019
9. **Dortmund**, Stadtratsbeschluss vom 28. März 2019
10. **BREMEN**, Senatsbeschluss, unterzeichnet durch den Bürgermeister Carsten Sieling, 2. April 2019
11. **SCHWERIN**, Beschluss der Stadtvertretung (einstimmig), 08. April 2019
12. **Herne**, Ratsbeschluss, 9. April 2019
13. **Mörfelden-Walldorf**, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, 9. April 2019
14. **DÜSSELDORF**, Ratsbeschluss, 11. April 2019
15. **Kaiserslautern**, Ratsbeschluss, 15. April 2019
16. **Naumburg**, Gemeinderatsbeschluss (einstimmig), 17. April 2019
17. **HANNOVER**, Ratsbeschluss am 25. April, Unterzeichnung durch Bürgermeister Hermann am 9. Mai 2019
18. **Ilmenau**, Stadtratsbeschluss, 25. April 2019
19. **Schwalbach**, Magistratsbeschluss, 29. April 2019
20. **Freiburg**, unterzeichnet durch Oberbürgermeister Horn, 30. April 2019
21. **Tübingen**, Gemeinderatsbeschluss, 2. Mai 2019
22. **BERLIN**, Beschluss des Abgeordnetenhauses am 9. Mai 2019
23. **KIEL**, Stadtratsbeschluss vom 16. Mai 2019
24. **Essen**, unterschrieben vom Oberbürgermeister Thomas Kufen am 16. Mai 2019
25. **Flensburg**, Ratsbeschluss am 16. Mai 2019
26. **Kassel**, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 20. Mai 2019
27. **Nürnberg**, Ratsbeschluss, 22. Mai 2019
28. **Fürth**, Stadtratsbeschluss, 22. Mai 2019
29. **Erlangen**, Stadtratsbeschluss, 29. Mai 2019
30. **Maintal**, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 11. Juni 2019
31. **Hanau**, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 17. Juni 2019
32. **Siegen**, Ratsbeschluss, 19. Juni 2019
33. **Aschaffenburg**, Stadtratsbeschluss, 24. Juni 2019
34. **Braunschweig**, Stadtratsbeschluss, 25. Juni 2019
35. **Hilchenbach**, Stadtratsbeschluss, 26. Juni 2019
36. **Marbach**, vom Bürgermeister Trost unterzeichnet, 02. Juli 2019
37. **Düren**, Stadtratsbeschluss, 03. Juli 2019
38. **Kreisstadt Groß Gerau**, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 03. Juli 2019
39. **Krefeld**, Stadtratsbeschluss, 04. Juli 2019
40. **Solingen**, Stadtratsbeschluss, 04. Juli 2019
41. **Neustadt/Aisch**, Stadtratsbeschluss, 05. Juli 2019
42. **Wuppertal**, Stadtratsbeschluss, 08. Juli 2019
43. **Trier**, unterschrieben vom Oberbürgermeister Wolfram Leibe, 09. Juli 2019
44. **Bochum**, Stadtratsbeschluss, 11. Juli 2019
45. **St. Ingbert**, Stadtratsbeschluss (einstimmig), 11. Juli 2019
46. **Lindau**, Stadtratsbeschluss, 16. Juli 2019
47. **Altena**, vom Bürgermeister Dr. Andreas Hollstein unterschrieben, 09. August 2019
48. **Darmstadt**, von Bürgermeister Jochen Partsch unterschrieben am, 9. August 2019
49. **Frankenthal**, Stadtratsbeschluss am 28. August 2019
50. **SAARBRÜCKEN**, Stadtratsbeschluss, 03. September 2019
51. **Bad Kreuznach**, Stadtratsbeschluss, 09. September 2019
52. **Mutlangen**, Beschluss des Gemeinderats, 17. September 2019
53. **Karlsruhe**, Gemeinderat, 24. September 2019
54. **Gau-Algesheim**, Stadtratsbeschluss, 25. September 2019

55. **Halle**, Stadtratsbeschluss, 25. September 2019
56. **Münster**, Stadtratsbeschluss (22. Mai 2019) und Unterzeichnung durch OB Markus Lewe, 27. September 2019
57. **Freital**, Stadtratsbeschluss, 1. Oktober 2019
58. **Neukirchen-Vluyn**, Ratsbesschluss (einstimmig mit einer Enthaltung), 9. Oktober 2019
59. **MAGDEBURG**, Stadtratsbeschluss (einstimmig), 21. Oktober 2019
60. **Kirchheim/Neckar**, Gemeinderatsbeschluss (einstimmig), 24. Oktober 2019
61. **Schmölln**, Stadtratsbeschluss (einstimmig), 24. Oktober 2019
62. **Konstanz**, Stadtratsbeschluss 24. Oktober 2019
63. **Leipzig**, Ratsversammlung, 30. Oktober 2019
64. **Bretten**, 5. November 2019
65. **Emden**, Stadtratsbeschluss (einstimmig) 7. November 2019
66. **Offenbach**, Stadtverordnetenversammlung, 14. November 2019
67. **Würzburg**, Stadtratsbeschluss, 14. November 2019
68. **Moers**, Stadtratsbeschluss (einstimmig), 27. November 2019
69. **Nierstein**, Stadtratsbeschluss, 10. Dezember 2019
70. **Aachen**, Stadtratsbeschluss am 11. Dezember 2019
71. **Röthenbach an der Pegnitz**, Stadtratsbeschluss, 11. Dezember 2019
72. **Leverkusen**, Stadtratsbeschluss am 16. Dezember 2019
73. **Neustadt an der Weinstraße**, Stadtratsbeschluss am 17. Dezember 2019
74. **Chemnitz**, Stadtratsbeschluss, 18. Dezember 2019
75. **Neuwied**, Stadtratsbeschluss am 19. Dezember 2019
76. **Zwickau**, Stadtratsbeschluss (einstimmig) am 19. Dezember 2019
77. **ERFURT**, Stadtratsbeschluss, 19. Dezember 2019
78. **Neuburg an der Kammel**, Ratsbeschluss, Januar 2020
79. **Lahr**, Gemeinderatsbeschluss, 27. Januar 2020
80. **Täferrot**, Gemeinderatsbeschluss (einstimmig), 29. Januar 2020
81. **Fürstenfeldbrück**, Kreisstadtratsbeschluss, 05. Februar 2020
82. **HAMBURG**, Bürgerschaftsbeschluss, 12. Februar 2020
83. **Auerbach**, Stadtratsbeschluss, 14.02.2020
84. **STUTTGART**, Unterzeichnung des Oberbürgermeisters Fritz Kuhn, 19. Februar 2020
85. **Heilbronn**, Gemeinderatsbeschluss, 20. Februar 2020
86. **Frankfurt**, unterzeichnet durch Oberbürgermeister Peter Feldmann, 27. Februar 2020
87. **Überlingen**, Gemeinderatsbeschluss, 3. März 2020
88. **Schwäbisch Gmünd**, Unterzeichnung des Oberbürgermeisters Richard Arnold, 13.März 2020

Landkreise und Regionen

1. **Werra-Meißner-Kreis**, Kreistagsbeschluss, 20. Mai 2019
2. **Kreis Groß-Gerau**, unterschrieben vom Landrat Thomas Will, 08. Juli 2019
3. **Darmstadt-Dieburg**, Kreistagsbeschluss am 9. September 2019
4. **Ostalbkreis**, Kreistagsbeschluss (einstimmig) am 15. Oktober 2019
5. **Städteregion Aachen**, Städteregionstagsbeschluss (einstimmig) am 12. Dezember 2019

Die durch Stadtverordnete, Oberbürgermeister*innen, Magistrate, Stadt- und Gemeinderäte, Kreistage und Abgeordneten Häuser vertretene Bevölkerung repräsentiert derzeit **24%** der Gesamtbevölkerung Deutschlands.

Eine Aktion von: